

D1 Stacheldraht zu Altmetall – United we fight!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.07.2023
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Europa – eine Idee des Friedens. Doch Frieden für wen?
2 Über 55.000 Menschen gelten seit 2014 nach ihrer Flucht über das Mittelmeer als
3 vermisst – viele von ihnen sind dabei verstorben. Menschen, die es bis nach
4 Italien, Spanien oder Griechenland schaffen, erlebten dort weitere Gewalt: Durch
5 Grenzschutzbehörden, die Polizei oder Angriffe von Neonazis. Und während all das
6 bereits seit Jahrzehnten bittere europäische Realität ist, soll nun die Mauer um
7 Europa noch höher gebaut werden. Humane Asylpolitik? Fehlanzeige!

8 Weitere Entrechtung von Geflüchteten – Nicht mit uns!

9 Statt sich der Gewalt und den unzähligen Menschenrechtsverletzungen
10 entgegenzustellen, plant die EU, die Regierungen der europäischen Länder und
11 deren Innenminister*innen gegenwärtig die größte Einschränkung des Asylrechts
12 seit seiner Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg. Asylanträge sollen zukünftig
13 nur noch in Außengrenzverfahren gestellt werden können. Angeblich wäre das
14 schneller, doch in Wahrheit entrechtet es Flüchtende nur weiter.

15 Monatelang sollen die Menschen an den Außengrenzen unter Haftbedingungen in
16 Massenlager verbringen, während die Zulässigkeit des Antrags geprüft werden
17 soll. Wenn Menschen über einen als angeblich „sicher“ eingestuften Drittstaat
18 einreisen, wird der Antrag abgelehnt. Weil die Kriterien, wann ein Staat als
19 „sicher“ gilt, weiter heruntergeschraubt werden und – trotz klarer
20 Verfassungswidrigkeit – sogar Teilgebiete von Staaten so eingestuft werden
21 sollen, wird das individuelle Asylrecht massiv in Frage gestellt. Die Folge:
22 Noch mehr unmenschliche Abschiebungen.

23 Selbst das zutiefst unmenschlich und an koloniale Denkmuster angeknüpfte System,
24 wie es gerade zwischen Großbritannien und Ruanda herrscht, ist in Europa damit
25 nicht ausgeschlossen. Sogenannte „nationale Auslagerungsstrategien“ sollen
26 ermöglichen, dass Menschen in Drittstaaten abgeschoben werden, zu denen sie
27 nahezu keine Verbindung haben. Die rechtswidrige und unmenschliche Praxis der
28 Pushbacks wird nicht nur teilweise legalisiert, sondern noch weiter zunehmen, da

29 die Außengrenzstaaten weiterhin mit der Aufnahme der Menschen alleine gelassen
30 werden.

31 Die Belastung der Anrainerstaaten wird durch den so vorliegenden
32 "Solidaritätsmechanismus" keinen Deut geringer. Es liegt nahe, dass Länder wie
33 Italien oder Griechenland weiterhin Pushbacks durchführen werden. Dieser Bruch
34 des Rechts auf Asyl muss endlich Konsequenzen haben, und darf nicht weiter
35 hingenommen.

36 Statt individueller Prüfung der Fluchtgründe steht dann eine möglichst schnelle
37 Abfertigung der Menschen als oberste Priorität. Rechtsstaatliche Verfahren und
38 Menschenrechte werden somit an den Außengrenzen noch weiter
39 eingeschränkt. Abschiebungen in unsichere Drittstaaten und (Ketten-)Abschiebungen
40 werden somit deutlich ausgeweitet. Für jeden Schutzsuchenden ist das eine
41 unmenschliche Behandlung – für vulnerable Gruppen wie Frauen, Queers und viele
42 andere Menschen eine tödliche Gefahr. Statt der versprochenen „No more Morias“
43 heißt das, dass solche unmenschlichen Lager zum europäischen Standard werden.

44 **Den Abschottungsdystopien entgegenstellen!**

45 Die Zustimmung Deutschlands und der Grünen Partei ist falsch, denn sie bricht
46 mit den europäischen und parteiinternen geeinten Grundwerten. Auch wir als Grüne
47 Jugend können uns nicht damit identifizieren. Das Abstimmungsverhalten der
48 Ampel-Regierung im JI-Rat widerspricht unserer Position und Grundhaltung.

49 Diese Asylrechtsverschärfungen sind unhaltbar für uns. Das haben wir in den
50 vergangenen Wochen, auf allen Ebenen – vom kleinsten Kreisverband, als
51 Landesverbände und als Bundesverband - lautstark klar gemacht. Gemeinsam mit
52 unseren Bündnispartner*innen wie ProAsyl, der Seebrücke, lokalen
53 Geflüchteteninitiativen oder den anderen Jugendorganisationen organisierten wir
54 im gesamten Land Demonstrationen. Bündnisse, die es vor ein paar Wochen noch gar
55 nicht gab, sind aus dem Boden gesprossen. Bündnisse, mit denen wir auch in
56 weitere linke Konflikte gehen können. Die Zustimmung Deutschlands zur bisherigen
57 europäischen Einigung ist falsch. Das haben wir auch innerhalb der Partei klar
58 gemacht und durchgesetzt.

59
60 Wir konnten – in der Zivilgesellschaft und in der Grünen Partei – eine Gegenwehr
61 aufbauen, die viele vermutlich gar nicht erwartete hatten. Und nur durch diesen
62 lautstarken, gemeinsamen Protest konnten wir so viel Druck aufbauen!
63 Die geplanten Reformen werden voraussichtlich noch über Jahre weiter verhandelt
64 werden. Wir werden weiterhin für Menschen auf der Flucht kämpfen. Wir werden
65 weiterhin die geplanten Reformen des Asylsystems aufs schärfste kritisieren –
66 und dagegen ankämpfen. Denn noch sind diese tödlichen Pläne nicht beschlossen.
67 Wir erwarten von der Grünen Partei & den Verantwortungsträger*innen, sich
68 ebenfalls aufs Härteste für einen verpflichtenden Verteilungsmechanismus und die
69 Verhinderung von Haft einzusetzen. Es darf nicht ein bisschen weniger
70

71 Asylrechtsverschärfungen geben, sondern es braucht eine radikale Kehrtwende hin
72 zu Menschenrechten und Humanität.

72 **Rassistische Migrationspolitik hat System!**

73 Der unmenschliche Umgang mit Flüchtenden ist rassistisch. Menschen wird der
74 Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohlstand oder grundsätzlich überhaupt Asylverfahren
75 verwehrt, weil sie an einem bestimmten Ort geboren sind und einen bestimmten
76 Pass haben. Es reicht nicht, die Asylrecht-Verschärfungen nur auf einer
77 moralischen Ebene zu kritisieren. Denn die rassistische Grenzpolitik der EU, die
78 Abschottung, wachsender Rechtspopulismus und Hetze gegen Geflüchtete haben
79 unmittelbar mit dem kapitalistischen System zu tun.

80 Fluchtursachen sind vielfältig. Was sie aber verbindet, ist die Tatsache, dass
81 sie eine Konsequenz der globalen Wirtschaftsweise sind, in der die Profite von
82 Wenigen wichtiger als ein gutes Leben für uns alle ist. Egal ob
83 Umweltkatastrophen, die durch die globale Klimakrise von transnationalen
84 Konzernen angefeuert werden, oder wirtschaftliche und soziale Schieflagen, die
85 Ländern durch Sparmaßnahmen anderer Länder auferlegt werden – das Profitstreben
86 im Kapitalismus nimmt keine Rücksicht auf die Sicherheit und gute
87 Lebensbedingungen von Menschen weltweit. Das Handeln von den Regierungen im
88 wirtschaftlichen Zentrum des globalen Kapitalismus führt unmittelbar zu
89 Umständen, die Menschen zur Flucht zwingen.

90 Gerade Staaten die davon besonders profitieren, wie Deutschland, die USA oder
91 andere europäische Länder, schotten sich ab und bauen gewaltsame Grenzen. Diese
92 Abschottung passiert, um den Wohlstand der jeweiligen Nation aufrecht erhalten
93 zu können und das nationale Kapital zu schützen. Diese Entwicklung ist also
94 nicht einfach moralisch falsch, sondern eine logische Konsequenz für Staaten im
95 kapitalistischen Wettbewerb mitzuhalten.

96 Nicht nur der rassistische Umgang mit Menschen auf der Flucht ist unserem
97 kapitalistischen System geschuldet. Auch wenn es Migrant*innen beispielsweise
98 nach Deutschland schaffen, werden sie in teils rechtswidrigen Verhältnissen
99 besonders stark auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet. Durch Arbeitsmarkt- und
100 sozialpolitische Gesetze werden migrantisierte Menschen in Deutschland in
101 deutlich schlechter bezahlte Jobs gedrängt. Auch hier wird rassistische
102 Migrationspolitik sichtbar.

103 Seit Jahren lässt sich bei konservativen und liberalen Parteien die Strategie
104 beobachten, durch einen (vor allem asylpolitischen) Rechtsruck
105 rechtspopulistischen Kräften den Rang abzulaufen. Diese Strategie ist
106 gefährlich, falsch und wir verurteilen sie aufs Schärfste! Rechte Framings
107 aufzunehmen, schwächt Rechtspopulist*innen nicht, sondern im Gegenteil:
108 Rechtspopulist*innen werden gestärkt und Asylrechtsverschärfungen gehen mit
109 verstärktem Rassismus einher. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik ist

110 also nicht nur ein massiver Angriff auf die Rechte und die Sicherheit von
111 flüchtenden Menschen. Sie ist auch eine akute Gefährdung aller migrantisierter
112 Menschen, auch hier in Deutschland! So sind im letzten Jahr deutlich mehr
113 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte verübt worden – und in den ersten drei
114 Monaten diesen Jahres haben sich die Angriffe nochmal verdoppelt.

115 Rassismus und rechtspopulistische Erzählungen verfangen bei vielen Menschen
116 deshalb so gut, weil sie eine einfache Antwort auf Abstiegsängste,
117 Existenzsorgen und Unsicherheit geben. Solche besorgniserregenden Erfahrungen
118 machen viele Menschen – oft aber vor allem auch migrantisierte Menschen. Für uns
119 steht fest: Wir lassen uns durch Rassismus nicht spalten und kämpfen gemeinsam
120 für bessere Arbeitsbedingungen und wirklich sichere soziale Absicherungssysteme!

121 **Eine Welt der Menschlichkeit ist möglich**

122 Angesichts der strukturellen Probleme, die hinter dem Umgang mit Flucht und
123 Migration stehen, kann man sich schnell machtlos fühlen. Dabei ist aber klar:
124 Menschen fliehen aus Verzweiflung, Hunger oder Krieg. Keine noch so hohe Mauer,
125 kein noch so spitzer Stacheldraht, keine noch so unmenschliche Behandlung wird
126 einen Menschen von der Flucht abhalten.

127 Die Verschärfungen sind daher auch eine Ablenkungsdebatte, weil man reale
128 Möglichkeiten zur Verbesserung der humanitären Lage nicht finanzieren will.
129 Gerade darauf muss aber der Fokus liegen: Die aufnehmenden Kommunen und die
130 Außengrenzstaaten müssen europaweit besser unterstützt werden. Dies kann nur
131 durch eine verpflichtende solidarische Aufnahme und Verteilung in Europa
132 passieren. Statt einer weiteren Entrechtung und Auslagerung von Asylverfahren
133 braucht es eine würdevolle Unterbringung und einfache Möglichkeiten zur
134 gesellschaftlichen Teilhabe in ganz Europa. Für flüchtende Menschen ist die
135 Flucht alternativlos. Niemand begibt sich freiwillig auf gefährliche
136 Fluchtrouten und zahlt sehr viel Geld für einen Platz auf einem völlig
137 überfüllten Schlauchboot. Diese Menschen müssen geschützt werden. Daher stellen
138 wir uns der Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen entschieden
139 entgegen. Private Seenotrettung darf, auch durch die deutsche Bundesregierung,
140 nicht weiter kriminalisiert werden. Zivile Seenotrettung muss solange
141 unterstützt werden, bis die staatlichen Akteur*innen in ihre Verantwortung
142 zurückkehren. Die Finanzierung und Ausrüstung der sogenannten Libyschen
143 Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und Schlepperei beteiligt,
144 lehnen wir ausdrücklich ab.

145 Sollte das nicht gelingen und der GEAS-Beschluss im Wesen unverändert bleiben,
146 muss Deutschland final mit "Nein" stimmen. Das ist auch nach dem Trilogverfahren
147 noch möglich. Sollten sich keine oder nicht ausreichende Verbesserungen im
148 laufenden Verfahren ergeben und der Beschluss nach wie vor mit den europäischen
149 Grundwerten brechen, ist dieser für Grüne Minister*innen nicht zustimmungsfähig.

150 Der weitere Ausbau der Festung Europa ist nicht hinnehmbar. Ein tragbarer
151 Kompromiss bedeutet mehr, als nur Kinder oder Menschen aus mehr Herkunftsstaaten
152 aus den Haftlagern ausgenommen werden. Menschenrechte sind individuell und nicht
153 an Alter oder Herkunft geknüpft.

154 Unser Ziel ist es, GEAS fundamental zu verändern. Es muss eine wirkliche
155 Verbesserung der Rechte und des Lebens von Menschen auf der Flucht geben.
156 Das heißt: Keine Verringerung von Standards in Asylverfahren, keine
157 verpflichtenden Grenzverfahren, keine Haft-Ähnlichen Bedingungen an den
158 Außengrenzen. Als Verband werden wir diese Position selbstbewusst, gegen
159 Widerstände nach außen und auch innerhalb der Grünen Partei weiter vertreten und
160 für Menschenrechte auf allen Ebenen kämpfen. Mit dem Länderrat im Juni 2023 ist
161 die parteiinterne Debatte um Grünes Handeln in der Ampel nicht beendet. Grünes
162 Regierungshandeln darf nicht daraus bestehen, Menschenrechtsverletzungen
163 mitzutragen. Wir erwarten von Grünen in der Regierung, private Seenotrettung zu
164 ermöglichen und die Achtung der Menschenwürde, auch an den europäischen
165 Außengrenzen, zu verteidigen. Auch innerhalb einer Regierung müssen die Grünen
166 zu ihrer Grundsatzprogrammatik und Parteitagebeschlüssen stehen und nicht alle
167 Inhalte dem gemeinsamen Kompromiss opfern. Wir erwarten von der Bundesregierung
168 und der Grünen Partei, sich klar für die Rechte von geflüchteten Menschen und
169 gegen jegliche Verschärfungen des Asylrechts einzusetzen.

170 Neben diesen notwendigen Reformen ist für uns klar: Wir kämpfen weiter für eine
171 befreite Gesellschaft! Das heißt auch: Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit
172 zu erkämpfen. Menschen dürfen nicht mehr aufgrund ihres Geburtsortes und Passes
173 an einen Ort gebunden sein.

174 Aber es heißt auch: Als Linke innerhalb von Deutschland dafür zu kämpfen, dass
175 durch deutsches (außenpolitisches) Handeln weltweit keine Menschen mehr
176 ausgebeutet werden.

177 Das heißt für uns: Wir müssen eine möglichst starke linke Bewegung innerhalb von
178 Deutschland und innerhalb der Europäischen Union aufbauen. Für die Menschen
179 innerhalb Deutschlands, Europa und Weltweit. Dafür brauchen wir möglichst viele,
180 organisierte Menschen bei uns vor Ort. Das kann ganz konkret in Bündnissen mit
181 der Seebrücke, mit Fridays for Future, den anderen Jugendorganisationen,
182 Gewerkschaften und vielen anderen Akteur*innen sein.

183 Linke Antworten müssen wieder greifbar werden, um den Konservativen und Rechten
184 den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür werden wir auch weiterhin als gesamter
185 Verband kämpfen.

E1 Europa, aber Links!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.07.2023
Tagesordnungspunkt: E.A Begleitantrag zur
Europawahlkampagne

Antragstext

Europa, aber Links!

Unsere Grundpfeiler für die Europakampagne 2024

Schluss mit Krise(n) - Zeit für Veränderung!

Waldbrände, Überflutungen, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Krieg – Schlagzeilen, die wir täglich hören. Zu oft verbinden wir damit Geschehnisse, die weit weg passieren - obwohl das unsere bittere Realität in Europa ist.

Denn während in Italien Wälder brennen, regiert eine rechtsextreme Regierung das Land. Während in Frankreich jedes fünfte Kind unter der Armutsgrenze lebt, wird der Sozialstaat schrittweise abgebaut. Und während die EU sich mit ihren Werten schmückt, schafft sie das Recht auf Asyl quasi ab. Wir sehen: die Krisen und ihre Auswirkungen treffen uns hier in Europa.

Auch in Deutschland ist die politische Lage alles andere als rosig: weitgehender Klimaschutz oder eine Bekämpfung der sozialen Ungleichheit sind eher ein ferner Traum als die Tagespolitik der Ampel. Statt Mieter*innen und vor allem einkommensschwache Haushalte bei den gestiegenen Kosten des Wohnens zu unterstützen, diskutieren wir seit Monaten das eigentlich klimapolitisch notwendige Gebäudeenergiegesetz. Statt Kommunen finanziell zu entlasten, stimmt die Ampel-Regierung einer Verschärfung des Asylrechts zu. Statt ambitionierter Investitionen steht uns ein Sparkurs ins Haus.

Und nächstes Jahr also EU-Wahlen?!

Während all dieser Krisen & Rückschritte findet im nächsten Jahr die Wahl zum Europäischen Parlament statt - und es ist angesichts dieser Entwicklungen

23 schwer, euphorisch darauf zu blicken.

24 Es wäre falsch, unsere Kritik an der EU leise zu stellen, aus Angst, den Rechten
25 in die Karten zu spielen - zu viel läuft derzeit schief. Für uns als
26 internationalistischer Verband ist dabei aber stets glasklar, dass wir nicht ins
27 Nationale zurückfallen können und dürfen. Deswegen definieren wir als Ziel ein
28 Europa, in dem die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse und der Erhalt unserer
29 Lebensgrundlagen im Fokus stehen - nicht die Profite der Wenigen!

30 Dabei ist das, was in Deutschland passiert, für die Entwicklungen in Europa von
31 hoher Relevanz. Die Deutsche Bundesregierung spielt eine besondere, aber keine
32 besonders gute Rolle. Denn auch sie ist es, die anderen Ländern den eigenen
33 Sparkurs aufdrückt, sich selbst vor ambitioniertem Klimaschutz wegduckt und in
34 den Chor einstimmt, der das Recht auf Asyl aushöhlt. Umso relevanter ist es,
35 dass wir als Linke für eine klare Alternative eintreten und auch der eigenen
36 Bundesregierung die Stirn bieten.

37 Seit der letzten Europawahl 2019 hat sich für die Grüne Jugend einiges
38 verändert. Wir haben unsere Mitgliederzahlen verdoppelt. Wir haben uns vor Ort
39 verankert und haben nicht trotz, sondern gerade aufgrund der
40 Regierungsbeteiligung der Grünen einen starken Schwerpunkt auf Bewegungs- und
41 Basisarbeit gelegt. Wir lassen uns nicht von kleinschrittigen
42 Regierungskompromissen lähmen! Statt uns damit abspeisen zu lassen, fordern wir
43 weiter das Notwendige ein. Wir sind stärker geworden und wollen diese Kraft im
44 nächsten Jahr für unsere Kampagne nutzen!

45 Denn es waren nicht die Regierenden, sondern FridaysForFuture, die die
46 Europawahl 2019 zur Klimawahl machten. Die zivile Seenotrettung verteidigt bis
47 heute die Werte Europas, zur Not an den EU-Regierungen vorbei. Und die großen
48 Proteste gegen die Rentenreform in Frankreich haben auch unsere aufkommende
49 Streikbewegung in Deutschland jeden Tag aufs Neue inspiriert.

50 Veränderung ist möglich, wenn wir uns zusammenschließen. Dafür lohnt es sich
51 jetzt zu kämpfen.

52 **Inhaltliche Schwerpunkte für die Kampagne**

53 Um viele junge Menschen für ein solidarisches Europa zu begeistern, reicht es
54 lange nicht mehr, einfach nur für Europa zu sein. Gerade angesichts der vielen
55 besorgniserregenden Entwicklungen, die wir innerhalb der EU wahrnehmen, brauchen
56 wir konkrete Visionen, die junge Menschen begeistern, politisieren und ihnen
57 eine Alternative zum Status Quo aufzeigen. Deswegen wollen wir unsere Visionen
58 von einem anderen Europa auf konkrete Themen herunterbrechen, die wir gemeinsam
59 auf die Straßen bringen!

60 **Für ein soziales Europa!**

61 Den Kopf nur in den Sand zu stecken und die Wahlergebnisse faschistischer
62 Parteien nur auf ihre gute Kommunikationsstrategien zu schieben, ist falsch. Die
63 Zugewinne der europäischen Rechten lassen sich - anders als in Diskursen
64 manchmal behauptet - nicht mit der Naivität von Menschen erklären, sondern mit
65 der Unzufriedenheit, von dem momentan bestehenden System im Stich gelassen zu
66 werden. Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie sehr die aufgezwungene Sparpolitik
67 2010 gerade in südeuropäischen Ländern zu Angst vor Krisen gesorgt hat - dort
68 können die Rechten mit scheinbar einfachen Lösungen anknüpfen. Aber die
69 gewählten Rechten Regierungen führen keineswegs zu einer verbesserten Situation
70 der arbeitenden Klasse. Die beste Lösung, den Rechten den Nährboden zu
71 entziehen, ist daher nicht, Menschen zu verurteilen, die denken, rechte Lösungen
72 könnten ihnen tatsächlich helfen. Die beste Lösung ist es, endlich soziale,
73 ökologische (Klassen-)Politik zu machen. Rechte versprechen der Bevölkerung
74 Stabilität, doch verschleiern die soziale Spaltung, vor allem durch Abgrenzung
75 nach außen. Das kann keine Antwort sein! Unsere Antwort ist ein solidarisches,
76 soziales Europa mit einer vereinten Arbeiter*innenklasse für globale
77 Gerechtigkeit.

78 **Klimagerechtigkeit**

79 Die Klimakatastrophe macht vor Grenzen nicht halt. Denn trotz der Überflutungen,
80 der Dürren und der Waldbrände gibt es keine Regierung weit und breit, die sich
81 den Herausforderungen annehmen will. Die Europäische Union, als eines der
82 kapitalistischen Zentren der Welt, hat maßgeblich zur menschengemachten
83 Klimakrise beigetragen - diese Verantwortung muss sie übernehmen und aktiv
84 handeln, statt nur lose Versprechungen zu machen. Das Argument der gemeinsamen
85 europäischen Lösung wird genutzt, um selbst keine ambitionierte
86 Klimaschutzpolitik vorantreiben zu müssen. Die Europäische Kommission gibt sich
87 zwar grün, doch mit Konzerninteressen wird sich dabei nicht angelegt. Das ist
88 für uns nicht akzeptabel! Wir machen uns stark für einen Klimaschutz, der die
89 Profiteure der Zerstörung zur Kasse bittet und das Leben der Menschen
90 verbessert. Als Grüne Jugend fordern wir eine Klimaschutzpolitik, die dem 1,5-
91 Grad-Ziel gerecht wird und über marktbasierende Mechanismen hinausgeht.

92 **Leave no one behind!**

93 Das vermeintliche Werteprojekt EU lässt tausende Menschen auf dem Mittelmeer
94 ertrinken. Dabei ist es oft die ausbeuterische Politik der EU selbst, die
95 Menschen erst zur Flucht zwingt. Nicht zuletzt die deutsche Zustimmung zur
96 Verschärfung des europäischen Asylrechts hat gezeigt: jegliche bereits
97 vereinbarten roten Linien der Ampel-Regierung waren schnell vergessen. Sie alle
98 wurden gerissen, um eine gemeinsame europäische Lösung zu finden - und das,
99 obwohl sie für mehr Chaos, mehr Gewalt, mehr Leid sorgen wird. Das Leben von

100 Menschen auf der Flucht wurde damit nicht verbessert, sondern verschlimmert.
101 Durch Abschottung flieht aber kein Mensch weniger! Für uns steht fest: Wir
102 verteidigen das Recht auf Asyl, denn es ist nicht verhandelbar! Gleichzeitig
103 nehmen Rassismus und Ablehnung gegen Geflüchtete zu. Das bedroht nicht nur
104 Menschen an den Außengrenzen, sondern auch migrantisierten Menschen in der EU,
105 die diesem Hass und der Hetze ausgesetzt sind. Das nehmen wir nicht hin! Der
106 Schutz von Menschen steht für uns im Mittelpunkt unserer Politik!

107 Über diese 3 Stränge hinaus gibt es weitere Themen, die wir in die Kampagne
108 einbinden wollen: ein Beispiel dafür sind die Situationen von Frauen und queeren
109 Menschen in Europa, die ständig unter Attacke sind. Das Kampagnenteam wird dazu
110 beauftragt, passende Formate dafür zu finden.

111 **Ran ans Werk!**

112 Diese Kampagne bietet für uns als Verband viele Chancen; Mit einer
113 eigenständigen Kampagne, die im gesamten Bundesgebiet für Solidarität in Europa
114 und darüber hinaus eintritt, wollen wir unser Profil als eigenständige linke
115 Jugendorganisation schärfen. Im Fokus unserer Kampagne stehen nicht
116 Wahlergebnisse, sondern die Politisierung und Organisation junger Menschen
117 bundesweit.

118 **Die Ziele der Kampagne**

119 Wir wollen diese Kampagne nutzen, **als gesamter Verband zentrale Themen nach**
120 **vorne zu stellen** und als **Verband weiter zu wachsen** – denn nur, wenn wir viele
121 sind, kann eine starke Linke für internationale Solidarität kämpfen! Dabei
122 nutzen wir die Kampagne, um unsere eigene kritische Analyse über den Zustand der
123 EU und unsere Anforderungen an einen Politikwechsel zu schärfen und bringen
124 unsere Themen gemeinsam auf die Straße und in die Öffentlichkeit.

125 Die Europawahl bietet durch das Wahlalter 16 und das Wahlrecht für Menschen mit
126 europäischem Pass **besonderes Mobilisierungspotenzial**. Dieses wollen wir nutzen
127 um sowohl **sehr junge Menschen als auch beispielsweise migrantisierte Personen**
128 **noch stärker als bisher in den Blick zu nehmen**.

129 Unsere Kampagne ist **dezentral**. Wir zielen darauf ab, an den verschiedensten
130 Orten in Deutschland aktiv zu sein und junge Menschen dort abzuholen, wo sie
131 wohnen und leben. Im Stadtpark, an der Berufsschule, an der Schule, an der Uni.
132 Durch Dezentralität soll **der gesamte Verband aktiviert** und in seiner
133 **Kampagnenfähigkeit** gestärkt werden – ob im ländlichen Raum oder in der
134 Millionenmetropole. In dem Jahr der verstärkten Auseinandersetzung mit dem
135 Internationalismus, wollen wir unsere Theorie in Praxis umwandeln und unsere
136 Analyse auf die Straße bringen.

137 Die Gesichter der Kampagne sind die Gesichter der Grünen Jugend: **Die**
138 **Sprecher*innen auf den jeweiligen Ebenen.**
139 Für das Europaparlament kandidieren auch junge linke Grüne, die eng mit der
140 Grünen Jugend verbunden sind! Sie haben unsere Unterstützung in der Aufstellung.
141 Und wir werden gerne mit ihnen für Veranstaltungen und Aktionen
142 zusammenarbeiten, genau so wie wir es mit Bündnispartnern aus
143 zivilgesellschaftlichen Bewegungen tun.

144 **Auf allen Ebenen aktiv!**

145 Wir sind als Verband gerade dann besonders stark, wenn wir an einem Strang
146 ziehen! Eine gute Aufgabenteilung ist essentiell, um die Kampagne an alle Orte
147 zu tragen.

148 Die Kampagne findet dezentral und vor Ort statt! Deswegen sind die **Kreisverbände**
149 der zentrale Dreh- und Angelpunkt der Kampagne. Denn sie planen, wo und wann der
150 nächste Stand vor Schule und Jugendzentrum Sinn macht. Sie begeistern im
151 direkten Gespräch neue junge Menschen und sind der erste Anlaufort für
152 Neumitglieder.

153 Damit Kreisverbände dieser Aufgabe bestmöglich nachkommen können, erhalten sie
154 Unterstützung von ihren **Landesvorständen**. Sie schaffen Räume, in denen wir
155 lernen, die Kampagne inhaltlich und methodisch umzusetzen. Besonders wichtig
156 dafür werden die Landesmitgliederversammlungen ab Herbst und Landesvorstands-
157 Kreisvorstands-Treffen. Die Landesvorstände helfen Kreisverbänden in der Planung
158 vor Ort, durch Potenzialanalysen und stetige Hilfestellung.

159 Die Inhalte der Kampagne, von Erzählung über Zielgruppenanalysen zu Aktionsidee,
160 werden vom **Kampagnenteam** aufgrund dieser Beschlusslage erarbeitet.

161 Der **Bundesvorstand** und das Team unterstützen Landesvorstände in der Umsetzung in
162 ihrem Landesverband. Dabei liegt ein besonderes Augenmaß auf die Anpassung an
163 den Landesverband und die Zielfindung anhand der jeweiligen Gegebenheiten der
164 Region.

165 Auch unsere europäische Dachorganisation, **FYEG**, wird eine eigene Europakampagne
166 haben, bei der sie Fokus auf Mobilisierung und Organisierung der eigenen
167 Mitglieder, aber vor allem auch unpolitisierten Menschen setzen möchten. Das
168 unterstützen wir, mit konkreter Kooperation zwischen der Kampagne von FYEG und
169 unserer als Grünen Jugend wird sich das Kampagnenteam noch in diesem Jahr
170 beschäftigen.

171 Mit dem gerade stattfindenden **Train-the-Trainers** Programm werden gleichzeitig
172 auch Multiplikator*innen für die Kampagneninhalte ausgebildet. Eine

173 Ausbildungseinheit des Programms wird sich hierbei explizit mit dem Thema Europa
174 beschäftigen. So ermöglichen wir, dass auf Veranstaltungen im Herbst und Winter
175 wie **Landesmitgliederversammlungen und Landesvorstands-Kreisverbands-Treffen** der
176 ganze Verband für die Kampagne bereit gemacht werden kann.

177 **Der Fahrplan für die nächsten Monate**

178 Auf diesem Länderrat beschließen wir die Kampagnenschwerpunkte und bestätigen
179 das Kampagnenteam. Anhand dieses Beschlusses wird das Team sich an die
180 Erarbeitung der Kampagne machen.

181 Die Sommerakademie unter dem Motto "Europa? Mit Links!" dient zur vertieften
182 Ausbildung von Verantwortungsträger*innen zum Thema Europa. Nur wer etwas selbst
183 gut verstanden hat, kann gute Bildungsformate für Bundes- und Landesebene
184 organisieren!

185 Auf dem Bundeskongress können die ersten Zwischenstände der Kampagne, wie die
186 Kampagnenerzählung vorgestellt werden. Außerdem werden wir Kampagnenforderungen
187 diskutieren und beschließen. Dort wird auch das neue Corporate Design der GRÜNEN
188 JUGEND vorgestellt, welches wir in der Europakampagne, aber auch darüber hinaus
189 verwenden werden. Wir werden den Herbst und Winter nutzen, um alle gemeinsam das
190 neue Corporate Design zu lernen, damit wir es ab kommenden Jahr auf allen Ebenen
191 des Verbandes flächendeckend verwenden können. Mit einem gemeinsamen Design ist
192 die Grüne Jugend nach außen klar erkennbar!

193 Über den gesamten Herbst und den Winter wird das Kampagnenteam die Kampagne
194 weiter ausarbeiten und Anfang nächsten Jahres werden wir die Kampagne in aller
195 Breite kennenlernen. Auf regionalen Veranstaltungen wie den
196 Landesmitgliederversammlungen und den Landesvorstände-Kreisvorstände-Treffen
197 lernen wir die Inhalte der Kampagne kennen und schulen uns methodisch. Die
198 ausgebildeten Trainer*innen werden mithelfen, die Kampagne an alle Orte zu
199 bringen.

200 Nach dem ersten Präsenz-Frühjahrskongress in diesem Jahr zum Thema
201 Internationalismus wird auch der nächste Frühjahrskongress zum Thema Europa ein
202 Highlight darstellen. Danach starten wir in die heiße Phase. Am 9. Juni wird
203 gewählt! Im Anschluss werden wir uns viel damit beschäftigen, die neuen
204 Mitglieder einzubinden und kurz durchzuatmen, um voller Energie in die Ost-
205 Landtagswahlen im Herbst zu starten!

206 **Superwahljahr**

207 Gleichzeitig zur Europawahl werden in vielen Bundesländern Kommunalwahlen

208 stattfinden: Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,
209 Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dazu kommen
210 Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Das
211 Kampagnenteam wird beauftragt, mit den betroffenen Landesverbänden in einen
212 frühen Austausch zu kommen, um Potenziale durch die Verschränkungen der Kampagne
213 zu nutzen und auch bei einer realistischen Kapazitätenplanung zu unterstützen.

214 Angesichts des Rechtsrucks kommen den Kommunal- und Landtagswahlen in den Ost-
215 Bundesländern eine besondere Rolle zu. Wir wollen die Kampagne nutzen, um unsere
216 Ost-Landesverbände zu stärken, damit wir gemeinsam für eine echte Veränderung
217 eintreten können! Unser Ziel - ein linker Machtaufbau: in Barnim, in Bautzen und
218 in Balingen. In Hamburg, in Heiligenstadt und in Hagenow. In Mainz, in Marpingen
219 und in Magdeburg. Wir kämpfen für ein besseres Leben überall.

220 Und ein solidarisches, klimagerechtes und soziales Europa?

221 Das erreichen wir nur mit Links.

Begründung

erfolgt mündlich

V-1 Inklusion ist Menschenrecht!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 02.07.2023
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Kurzfassung des Antrags, der vollständige Antragstext ist unten zu lesen:

Obwohl Inklusion ein Menschenrecht ist, werden Menschen mit Behinderungen in Deutschland in fast allen Lebensbereichen benachteiligt.

Auf dem Arbeitsmarkt bekommen Menschen mit Behinderung in den bestehenden kapitalistischen Zwängen oft nur einen geringen Lohn, weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Sie werden im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt gehalten und ihr Zugang zum selbstbestimmten Leben wird beschränkt. **Daher fordert die GRÜNE JUGEND die bedingungslose Integration von Menschen mit Behinderung in den regulären Arbeitsmarkt und langfristig die Abschaffung des zweiten Arbeitsmarktes. Der Mindestlohn reicht gerade Mal so zum Leben über dem Existenzminimum und muss allen Menschen gezahlt werden!**

Auch die medizinische Versorgung ist in Deutschland alles andere als barrierefrei. Menschen mit Behinderung sehen sich in medizinischen und psychologischen Behandlungen mit ableistischen Denkweisen konfrontiert. Arztpraxen sind häufig nicht barrierefrei und für Menschen mit Behinderung nicht selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe erreichbar. Darüber hinaus sind Menschen mit Behinderung finanziell benachteiligt, weil sie Teile ihrer Behandlung oft selbst finanzieren müssen. **Wir fordern eine barrierearme, bedarfsgerechte, menschenwürdige medizinische und psychologische Versorgung und Betreuung für Menschen mit Behinderung, ohne eigene Kostenbeteiligung. Darunter fallen auch die benötigten Unterstützungen, wie bspw. Dolmetschleistungen.**

Der Besitz eines Schwerbehinderten Ausweises ist notwendig um bestimmte Leistungen und Ausgleichsmaßnahmen, bspw. bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche zu erhalten. Die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises ist aktuell jedoch oft demütigend, sehr kompliziert und zeitintensiv. **Die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises darf nicht willkürlich geschehen. Es braucht einfache**

28 **und unbürokratische Prozesse, die es Menschen ermöglicht ihre Rechte**
29 **wahrzunehmen. Bei Beantragung soll der Schwerbehindertenausweis in Zukunft ohne**
30 **lange Prüfungszeiten ausgestellt werden.**

31 Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Barrierefreiheit von
32 öffentlichen Räumen unerlässlich. **Die GRÜNE JUGEND fordert daher die**
33 **barrierearme Gestaltung des gesamten öffentlichen Raums und der öffentlichen**
34 **Infrastruktur. Barrierefreie Wahlen und Wahllokale sind essentiell, um das Recht**
35 **auf politische Partizipation für Menschen zu garantieren. Zu einem**
36 **selbstbestimmten Leben gehört außerdem die Mobilitätsfreiheit. Daher fordert die**
37 **GRÜNE JUGENDE außerdem einen barrierefreien öffentlichen Personen Nah- und**
38 **Fernverkehr in Deutschland.**

39 Auch Bildung wird in Deutschland noch nicht inklusiv gedacht. Die notwendige
40 Unterstützung, Betreuung und die intensiv-pädagogischen Maßnahmen für Kinder mit
41 Behinderungen werden oft nur an Sonderschulen oder Förderzentren angeboten.
42 Gemeinschaftliches Lernen geht anders. **Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, dass**
43 **alle Schulen mit den notwendigen Mitteln und Personal ausgestattet werden, um**
44 **Schüler*innen mit Behinderungen in den regulären Unterricht zu integrieren.**
45 **Verlage müssen alle Lehrmaterialien auch in maschinenlesbar und in Braille**
46 **bereitstellen.**

47 **Darüber hinaus müssen alle Schüler*innen über das Thema Ableismus und dessen**
48 **Ursprung sensibilisiert werden. Das Thema „Behinderung“ sollte im Bildungsalltag**
49 **selbstverständlich sein und ist bspw. beim gesundheitlichem**
50 **Aufklärungsunterricht oder durch das zum Lernen von Gebärdensprache in den**
51 **alltäglichen Schulbetrieb einzubinden.**

52 Anti-Ableismus-Arbeit darf dabei natürlich nicht nur auf den Schulunterricht
53 beschränkt sein. **Um Aggressionen sowie verbale und physische Gewalt gegen**
54 **Menschen mit Behinderung entgegenzuwirken fordert die GRÜNE JUGEND einen Anti-**
55 **Ableismus Plan für Deutschland, die konsequente Verfolgung ableistischer**
56 **Straftaten, sowie die Transparenz darüber durch die Erhebung von belastbaren**
57 **Daten und Zahlen in den Polizeistatistiken.**

58 **Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen und von der**
59 **ganzen Gesellschaft mitgedacht werden muss! Menschen mit Behinderung darf durch**
60 **ihre Beeinträchtigung kein Nachteil im gesellschaftlichen Leben entstehen.**
61 **Benötigte finanzielle und personelle Mittel müssen in allen Bereichen zur**
62 **Verfügung gestellt werden. Lasst uns gemeinsam Ableismus und Ausgrenzung**
63 **bekämpfen und Barrieren niederreißen!**

64

65

Vollständiger Antragstext:

66 **Arbeit und Wirtschaft**

67 Während sich die Bundesregierung selber auf die Schulter klopft (/rw), weil der
68 Mindestlohn auf 12 € gestiegen ist, gilt diese Freude nicht für alle
69 Beschäftigten. Dabei ist dieser Mindestlohn keine Inflationsanpassung und einige
70 Menschen wie z.B. Leiharbeitende und viele Menschen mit Behinderung (1) erhalten
71 nicht mal diesen.

72 Obwohl die Bundesregierung schon lange die UN-Behindertenrechtskonvention
73 übernehmen will, existiert der sogenannte 2. Arbeitsmarkt (2) immer noch. Dabei
74 ist dieser bereits als Verstoß bekannt, denn er hält Menschen mit Behinderung in
75 einem fremdbestimmten Leben. Der 2. Arbeitsmarkt steht unter den
76 kapitalistischen, wirtschaftlichen Zwängen. Das bedeutet, dass eine Werkstatt in
77 einen Vertrag einer Firma eine gewisse Liefermenge zusagt. Durch diese
78 wirtschaftlichen Zwänge gibt es einen Anreiz Menschen mit Behinderung, die als
79 besonders leistungsfähig (im kapitalistischen Sinne) für die Werkstatt
80 betrachtet werden, auf dem 2. Arbeitsmarkt zu halten. Schließlich können sonst
81 die Verträge nicht erfüllt werden. Sollten es Menschen mit Behinderung trotz
82 dieser Hürden auf den 1. Arbeitsmarkt schaffen, verlieren sie viele
83 Fördergelder, wie z.B. Versicherungen, die sie auf dem 2. Arbeitsmarkt hatten.
84 Das schafft noch mehr Anreize für den 2. Arbeitsmarkt. Zusätzlich verstärkt es
85 Armut von Menschen mit Behinderung. Das System der Werkstätten halten wir als
86 GRÜNE JUGEND für grundlegend falsch. Für uns ist klar: Wir wollen eine inklusive
87 und menschengerechte Wirtschaft!

88 Die Menschen mit Behinderung, die es auf den 1. Arbeitsmarkt geschafft haben,
89 kämpfen auch dort mit fehlender Barrierefreiheit und Ableismus. Sie haben oft
90 das Gefühl, wenn sie auf dem 1. Arbeitsmarkt „scheitern“, dann „scheitern“ mit
91 ihnen alle Behinderten Menschen. Diese Spirale können wir nur aufbrechen (/rw),
92 wenn Behinderte Personen selbstverständlich Teil von sämtlichen Bereichen des 1.
93 Arbeitsmarkts sind. Dafür muss Unternehmen verboten werden, sich von der
94 Mindestquote an schwerbehinderten Menschen „freikaufen“ zu können. Alle
95 Unternehmen müssen konsequent Behindert Menschen einstellen.

96 **Daher fordern wir:**

- 97 • Der 2. Arbeitsmarkt soll zunächst verkleinert und perspektivisch
98 abgeschafft werden. Als Übergang fordern wir:
 - 99 ◦ Arbeitnehmer*innenstatus für Arbeiter*innen in Werkstätten, um
100 Arbeitsrechte und Mindestlohn zu garantieren
 - 101 ◦ Statt Centtlöhne, sagen wir: gerechter und tarifgebundener
102 Mindestlohn für alle!

- 103 ◦ Institutionen und Ämter sollen mehr Menschen mit Behinderung
104 einstellen und diesen einen gerechten Lohn zahlen
- 105 ▪ als Übergang soll die Ausgleichsabgabe für Betriebe, die
106 keine oder zu wenig Menschen mit einer Schwerbehinderung
107 eingestellt
108 haben, deutlich erhöht werden, besonders für Betriebe mit über
109 60 Angestellten. Das eingenommene Geld soll in die Förderung
110 von Menschen mit Behinderung gesteckt werden. Außerdem ist es
111 notwendig, dass „Freikaufen“ vom Einstellen schwerbehinderter
112 Menschen auf Dauer abgeschafft wird.
- 113 ◦ Bessere Vermittlung für Menschen mit Behinderung zum 1. Arbeitsmarkt
- 114 ◦ In Werkstätten Fachkräfte anstellen, die den Übergang von
115 Werkstattbeschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unter
116 anderem durch Betriebspraktika, Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine
117 individuelle Vermittlung und arbeitsbegleitende Betreuung
118 unterstützen
- 119 • Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) stärken und einen
120 individuellen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf die Durchführung des BEM
- 121 • In Arbeitsbereichen in denen Arbeitnehmer*innen besonders monotone oder
122 stressige Arbeitsbedingungen/Arbeitsplätze antreffen, müssen
123 Arbeitgeber*innen ihren Arbeitnehmer*innen Konzepte zum Stressabbau und
124 zur Förderung der eigenen psychischen Gesundheit anbieten
- 125 • Die Inanspruchnahme ärztlicher und therapeutischer Hilfe bei psychischen
126 Erkrankungen oder chronischen Erkrankungen sollte kein Ausschlusskriterium
127 mehr für eine Verbeamtung darstellen, sofern die psychische oder
128 chronische Erkrankung den weiteren Berufsweg nicht massiv einschränkt. Die
129 Anwärter*innen für eine Beamt*innenlaufbahn sollen damit unterstützt
130 werden, sich frühzeitig psychologische Hilfe zu suchen, anstatt eine
131 mögliche Erkrankung aus Angst vor einer Ablehnung der Verbeamtung zu
132 verschleppen.
- 133 • Barrierefreiheitsgesetze umsetzen und ausweiten – nicht erst auf 2025
134 warten

135 Ableismus beruht wesentlich auf kapitalistischen Einteilungen von menschlicher
136 Leistungsfähigkeit und der Bewertung von hoher Leistungsfähigkeit als gut und
137 von niedriger Leistungsfähigkeit als schlecht. Personen, die als
138 leistungsfähiger angesehen werden, gelten – mal offener, mal unterschwelliger –
139 als wertvoller für die Gesellschaft. Für uns heißt das ganz klar: Anti-Ableismus
140 muss anti-kapitalistisch und Anti-Kapitalismus anti-ableistisch sein!

141 **Gerechte Versorgung**

142 Jedoch gibt es nicht nur strukturelle Diskriminierung in der Arbeit von Menschen
143 mit Behinderung, sondern auch in ihrer Gesundheitsversorgung. Dabei herrscht zum
144 Beispiel eine unfassbare Willkür in der Beantragung von
145 Schwerbehindertenausweisen. Der Prozess ist oft demütigend und sehr mühsam, da
146 sich je nach Wohnort und Behinderung der Zugang zu Schwerbehindertenausweisen
147 unterscheidet. Dabei stellen Schwerbehindertenausweise einen notwendigen
148 Ausgleich, beispielsweise bei der Arbeits- oder Wohnungssuche, dar.

149 Ein erleichterter Zugang zu Schwerbehindertenausweisen heißt für uns:

- 150 • Längere Befristungen und in der Regel unbefristete Ausweise ausstellen.
- 151 • Weg von der Dominanz medizinischer Diagnosen – verschiedene Faktoren und
152 auch die Personen einbeziehen.

153 Denn der Prozess in seiner aktuellen Form kostet Menschen mit Behinderung
154 unfassbar viel Energie, Zeit und Geld, das viele von ihnen schlichtweg nicht
155 haben. Ein erleichterter Zugang zu Schwerbehindertenausweisen, heißt auch ein
156 selbstbestimmteres Leben. Dabei ist der Ableismus des medizinischen Personals
157 eine weitere Hürde. Das Thema Behinderung muss endlich systematisch in die Aus-,
158 Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe integriert werden.

159 Zur Gesundheitsversorgung gehört auch die mentale Gesundheit. Jedoch sehen wir
160 hier große Lücken in unserer Infrastruktur (/rw). Statt eine schnelle
161 Behandlungsmöglichkeit bei psychischen Erkrankungen, erwarten Patient*innen
162 lange Wartezeiten, nicht barrierefreie Praxen, Ableismus in der Therapie und ein
163 wenig vielfältiges Angebot. Das muss sich schnell ändern, da sich die psychische
164 Notlage in Deutschland zunehmend verschlimmert. Zu Menschen mit Behinderung
165 gehören auch viele Menschen mit psychischen Störungen oder Neurodivergenz. Auch
166 ihre Versorgungslage muss sich verbessern. Die Diagnostik und Behandlung muss
167 dabei stark ausgebaut werden.

168 Menschen mit Behinderung sind stärker von Armut betroffen. Indem Menschen mit

169 Behinderung durch Zuzahlungen und Eigenleistungen nochmal mehr benachteiligt
170 werden, wird das Armutsrisiko verstärkt. Das betrifft Medikamente ebenso wie
171 erforderliche Untersuchungs- und Behandlungsmethoden sowie Heil- und
172 Hilfsmittel. Wer nicht aus eigener Tasche zahlen kann, bei dem fällt all dies
173 weg.

174 **Wir fordern:**

- 175 • Alle erforderlichen medizinischen und unterstützenden Leistungen müssen
176 ohne eigene Kostenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden
 - 177 ◦ Darunter fallen z.B. Medikamente, aber z.B. auch die Kostenübernahme
178 für Dolmetschleistungen für gehörlose Betreute mit nicht
179 gebärdensprachkompetenten, hörenden gesetzlichen Betreuer*innen
- 180 • Freie Ärzt*innenwahl ermöglichen z.B. durch barriereärmere Praxen
- 181 • Bessere Versorgung durch die gesetzlichen Betreuer*innen, z.B. die
182 Bevorzugung gebärdensprachkompetenter Betreuer*innen bei der
183 Bereitstellung eines gesetzlichen Betreuers für gehörlose Betreute
- 184 • klare Kriterien und unbürokratische, einfache Prozesse beim Beantragen
185 von Schwerbehindertenausweisen, um Willkür zu verhindern
- 186 • Ein bundesweiter Endometrioseplan
- 187 • Kürzere Wartezeiten für Therapieplätze – wir haben genug Therapeut*innen,
188 lasst uns die politisch geschaffene Verknappung beenden
- 189 • Ein vielfältiges Angebot der Therapieplätze, auch in verschiedenen
190 Sprachen
- 191 • Angebote wie Psychotherapie und/oder psychiatrische Behandlung weiter
192 ausbauen und Diagnostik und Behandlung von neurodivergenten Personen
193 stärken

194 **Barrierefreiheit – gerechte Infrastruktur**

195 Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung, damit alle Menschen
196 gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Doch im Alltag stoßen Menschen mit
197 Behinderungen auf viele Barrieren: beim Bahnfahren, am Geldautomaten, im
198 Internet, im Sportverein, beim Einkaufen, beim Ärzt*inbesuch und vieles mehr.
199 Auch bei Inklusion gilt, dass wir, statt gerechter Infrastruktur, marode und
200 nicht barrierefreie Systeme vorfinden. Dabei gehört der öffentliche Raum allen
201 Menschen und muss daher barriereärmer werden.

202 **Deswegen fordern wir:**

- 203 • Einen barriereärmeren öffentlichen Nah- und Fernverkehr
 - 204 ◦ Reiseinformationen in Gebärdensprache und/oder Schriftsprache an
205 Informationsschaltern im Rahmen des Zwei-Sinne- Prinzips (3)
 - 206 ◦ Barriereärmere Transportmittel und Haltestellen
 - 207 ◦ Angemessener Ausbau vorhandener Gehwege, um den Bedürfnissen mobil
208 eingeschränkter Personen zu entsprechen, auch dann, wenn dafür eine209 Fahrspur weichen müsste. Inklusive Planung zukünftiger Gehwege und210 Priorisierung über Autostraßen
- 211 • Wahlen barriereärmer machen: Wahl vor Ort inklusiver gestalten z.B.
- 212 barrierefreie Wahllokale
- 213 • Einen barrierefreieren gesellschaftlich-öffentlichen Raum
 - 214 ◦ Verpflichtung zur Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft statt
215 Freiwilligkeit.
- 216 ◦ Öffentliche Gebäude und Gebäude zur Sicherstellung des persönlichen
- 217 Bedarfs müssen vorrangig umgebaut werden.
- 218 ◦ Auch den digitalen öffentlichen Raum fördern:
 - 219 ■ Die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen und privaten
220 Fernsehsender zum Ausbau der barrierefreien Medienangebote
- 221 (Gebärdensprache, Untertitel, Audiodeskription) in den222 Medienstaatsvertrag aufzunehmen
- 223 ■ 100% Untertitel bei öffentlich-rechtlichen Sendern

- 224 ermöglichen, Gebärdensprache wird aber generell priorisiert.
225 Ermöglicht auch eine bessere und leichtere inklusive Umsetzung
226 von Liveformaten im Fernsehen.
- 227 ▪ Kindersendungen in Gebärdensprache zugänglich zu machen
- 228 • **Barrierearme Notruf- und Katastrophenwarnsysteme**
- 229 ◦ Den Einsatz von Lichtklingeln, Vibrationsalarm in öffentlichen
230 Gebäuden als Standard
- 231 ◦ Einführung eines einheitlichen Notrufs für Menschen mit
232 Hörbehinderungen (mit Vorrangschaltung wie bei einem normalen, unter
233 110 oder 112 abgesetzten Notruf)
- 234 ◦ Verabschiedung einer Strategie für die inklusive Katastrophenabwehr
235 und die humanitäre Hilfe
- 236 • **Barriereärmere Praxen und Behandlungsstellen fördern**
- 237 ◦ So verfügen lediglich 21 % der Praxen über einen für
238 Rollstuhlfahrende barrierefreien Zugang und von diesen nur jede
239 zehnte über zugängliche Sanitäreanlagen. Diese Daten wurden nicht
240 vollständig bundesweit erhoben wurden und stammen aus der
241 Selbstauskunft der Praxen: Barrierefreiheit muss
242 Zulassungsvoraussetzung werden!
- 243 • **Einheitliches Barrierefreiheitssiegel, das von behinderten Menschen**
244 **gestaltet wird**
- 245 • **Die Angebote für Kinder- und Jugenderholung inklusiver ausgestalten**
- 246 • **Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnen und Wohnungsbau**
- 247 ◦ Sozialbau muss 100% barrierefrei werden!
- 248 ◦ Mittel des Bundes zweckgebunden für den barrierefreien und -
249 reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen verwenden
- 250 ◦ Vertreter*innen von Menschen mit Behinderungen rechtzeitig

251 beteiligen

- 252 • Barrierefreie Verwaltung: Barrierefreiheit als Maßgabe für Fördermittel
253 und Aufträge

- 254 • Um die Bedienung von Hilfsmitteln zu erleichtern sollen alle Dokumente in
255 der Verwaltung maschinenlesbar werden

- 256 • Für Gesetze soll eine Version in einfacher Sprache erstellt werden. Die
257 fertigen Texte sollen im Internet abrufbar sein. Wo immer Gesetze
258 veröffentlicht werden, soll die Version in leichter Sprache zum Vergleich
259 beigefügt sein, wenn dies zweckmäßig ist. Mindestens soll über den Zugang
260 zu dieser Version ausreichend, auffällig und niedrighschwellig informiert
261 werden. Generell gilt:
 - 262 ◦ Dies soll ohne inhaltlichen Verlust geschehen.
 - 263 ◦ Der Aufwand muss innerhalb eines vertretbaren Rahmens liegen.
264 Bereiche, die besonders viele Menschen, besonders oft oder besonders
265 stark in ihren Grundbedürfnissen oder -rechten betreffen sollen
266 priorisiert werden. Dies gilt umso mehr, je umstrittener ein Gesetz
267 o.Ä. ist.

268 Häufig fehlen auch verlässliche Informationen über Barrierefreiheit oder das
269 Wort barrierefrei wird mit „barrierefrei für Rollstuhlfahrende“ gleichgesetzt.
270 Das macht es schwierig für Menschen mit Behinderung ihr Leben zu planen und am
271 öffentlichen Leben teilzuhaben.

272 **Deswegen fordern wir:**

- 273 • Ämter und öffentliche Einrichtungen sollen online Beschwerdestellen zu
274 fehlender Barrierefreiheit einrichten

- 275 • Verlässliche Informationen zu den Stellen vor Ort anzubieten

- 276 • Verlässliche und zugängliche Informationen zu Barrierefreiheit z.B. bei
277 Behörden, Kulturstätten, usw.

278 **Bildung**

279 Wir brauchen eine gerechte, hochwertige und inklusive Bildung als Ziel auf allen
280 Ebenen! Dafür muss der Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz gestrichen
281 werden. Der Ressourcenvorbehalt ermöglicht es aktuell den Schulen, Kindern aus
282 Mangel an Betreuungspersonal oder anderen Ressourcen abzulehnen. Wir dürfen
283 Schule nicht alleine lassen. Wir wollen gemeinschaftliches Lernen ermöglichen
284 und erleichtern. Dafür muss es zumindest fürs Erste auch genügend
285 Sonderpädagog*innen an inklusiven Schulen geben. Außerdem müssen Gelder
286 bereitgestellt werden, damit Klassenzimmer inklusiv umgebaut werden können. Erst
287 durch die Förderung von ausreichenden Personal und Infrastruktur ist inklusive
288 Bildung möglich. Gemeinschaftliches Lernen soll oberstes Ziel sein. Häufig
289 entscheiden heute Eltern und das Lehrpersonal, ob ein Kind geeignet ist für
290 gemeinschaftliches Lernen. Dabei wird das Kind oft vor vollendete Tatsachen
291 gestellt, denn nach der Förderschule fehlt oft die Anbindung an einen
292 Ausbildungsplatz. Eine Ausbildungsgarantie muss auch für Menschen mit
293 Behinderung gelten.

294 Zu einer gerechten Bildung gehört eine anti-diskriminierende Bildung.

- 295 • Lehrende und Lernende, also z.B. Lehrer*innen und Schüler*innen sollen
296 dabei für Ableismus sensibilisiert werden. Dabei ist es wichtig den
297 Ursprung ableistischen Denkens und die Gefahren von gruppenbezogener
298 Menschenfeindlichkeit zu verstehen.
 - 299 ◦ Aufklärung über Ableismus in der NS-Zeit mit der Aktion T4
 - 300 ◦ Um das gesellschaftliche Bewusstsein bzgl. psychischer Störungen
301 verstärken, wollen wir Aufklärungskampagnen in Schulen, Ausbildung und
302 Studium integrieren

- 303 • Das Thema „Behinderung“ sollte im Bildungsalltag selbstverständlich sein.
304 Hierzu gehören unter anderem die Berücksichtigung in Schulbüchern,
305 Angebote zum Erlernen der Deutschen Gebärdensprache und die Einbeziehung
306 von Behindertenverbänden in Bildungsangebote vor Ort

- 307 • Barrierefreiheit und deren Umsetzung ist in die Ausbildungs- und
308 Studienpläne, Prüfungsordnungen, Weiterbildungsprogramme und
309 Schulungsmodule aller Berufssparten als Lehrinhalt verpflichtend
310 aufzunehmen

- 311 • Verpflichtung von Schulbuchverlagen, Schulbücher maschinenlesbar und in

- 312 Braille bereitzustellen
- 313 • *Engere psychologische Begleitung von Lehrkräften und allgemein mehr*
314 *psychologische Unterstützung in Schulen als präventive Maßnahme, um eine*
315 *Doppelbelastung von Lehrkräften, bei zusätzlicher Unterstützung von*
316 *Schüler*innen mit Behinderung, vorzubeugen.*
- 317 • Einbindung von grundlegender sonderpädagogischer Didaktik in die
318 Ausbildung von Lehrkräften und Vermittlung inklusiver Kompetenzen
- 319 • Lehrer*innen mit Behinderung müssen wir Nachteilsausgleiche gewährleisten
320 und ihre Teilhaberechte sicherstellen
- 321 • Gemeinschaftliches Lernen ermöglichen:
- 322 ◦ Mehr Sonderpädagog*innen an Regelschulen
- 323 ◦ Oft kommt es zu Wechseln in ein externes Förderzentrum z.B. für
324 *intensiv-pädagogischen Maßnahmen*. Wir wollen stattdessen die
325 personelle und strukturelle Unterstützung von intensiv-pädagogischen
326 Maßnahmen an Regelschulen sowie die Ermöglichung der Einbindung von
327 multi-professionellen Teams in diese Maßnahmen
- 328 ◦ Die zeitnahe Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln, um die
329 Beschulung von Schüler*innen mit einer Hörbehinderung zu
330 erleichtern, und die Anpassung von räumlichen Gegebenheiten zur
331 Optimierung der Raumakustik
- 332 ◦ Aufstellung eines gemeinsamen Planungsrahmens „Inklusive Bildung“
333 für
334 Bund, Länder und Kommunen, indem materielle, räumliche, personelle
335 und
336 finanzielle Mittel bereitgestellt werden
- 337 • Übergang von Schule in den Beruf für Menschen mit Behinderung fördern
- 338 ◦ Bereitstellung von zusätzlichen personellen und finanziellen
339 Ressourcen
340 für inklusive Beratungsstellen und Jugendberufsagenturen, damit
341 subjektzentrierte berufsvorbereitende Beratungen und

- 342 Individualmaßnahmen
343 ermöglicht werden. Aufgabe dieser Beratungsstellen soll es sein,
344 mittels
345 Persönlicher Zukunftsplanung, arbeitsweltbezogener Qualifizierung im
346 Rahmen von Schulungstagen, Akquise und Begleitung individuell
347 geplanter
348 Praktika, Unterstützung der Betriebe bei der Identifizierung der
349 Tätigkeitsbereiche, Job-Coaching und der Strukturierung von
350 Arbeitsabläufen im Praktikum, Schulungen und Unterstützung der
351 betrieblichen Anleiter*innen, Arbeit mit den Eltern und intensiver
352 Berufsorientierung für Schüler*innen mit Behinderung neue
353 Perspektiven für
354 den Übergang zwischen Schule und Beruf für alle Schüler*innen zu
355 ermöglichen.
- 356 ◦ Öffentlich geförderte Ausbildungs- und Praktikumsstellen, damit
357 Maßnahmen
358 wie die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen möglich
359 werden. Dazu sollte besonders der öffentliche Dienst herangezogen
360 werden.
- 361 ◦ Hervorheben von Best-Practice-Beispielen und Vernetzung und Beratung
362 für
363 interessierte Betriebe
- 364 ◦ Keine Überprüfung durch die Agentur für Arbeit, in welchem Maße eine
365 Erwerbsfähigkeit vorliegt.

366 **Ableismus bekämpfen – eine wehrhafte Demokratie schaffen**

367 Das Leben von Menschen mit Behinderung ist geprägt durch alltägliche
368 Diskriminierungserfahrungen. Dabei erleben FINTA* Personen mit Behinderung
369 überdurchschnittlich oft im Gegensatz zu FINTA* Personen ohne Behinderung
370 sexualisierte Gewalt. Jede dritte bis vierte Frau mit Behinderung (4) hat in
371 ihrer Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erfahren. Das ist zwei- bis
372 dreimal häufiger als bei Frauen ohne Behinderung. Daten über trans* und nicht-
373 binäre Personen gibt es kaum. Klar ist aber auch, die Einrichtungen und
374 aktuellen Strukturen fördern diese Übergriffe eher, als das sie sie verhindern.
375 Was wir jetzt brauchen, ist gute Prävention durch:

376 Präventionskonzepte für Betreuungspersonen und Mitarbeiter*innen *der sogenannten*
377 *Behindertenhilfe, Lehrer*innen, Fachberater*innen oder auch Eltern von Kindern*
378 *mit Behinderung.*

379 Aber nicht nur müssen wir handeln, bevor es zu einer Gewalttat kommt. Ein guter
380 Rechtsschutz und eine gleichberechtigte juristische Behandlung muss her.
381 Vorbehalte, mangelnde Sensibilisierung und Sachkenntnis der an der
382 Strafverfolgung beteiligten Akteur*innen sowie fehlende bedarfsgerechte und
383 barrierefreie Angebote beschränken Zugänge zu Justiz oder zu therapeutischen
384 Behandlungen.

385 **Wir fordern:**

- 386 • Eine systematische Überarbeitung der Verfahrensregeln im Hinblick auf
387 Barrieren in der Gerichtsbarkeit, angefangen von baulichen Hürden bis hin
388 zu schwerer Sprache

- 389 • systematische Verankerung von Fortbildungsmaßnahmen für Akteur*innen des
390 Justizwesens, von Polizei über Staatsanwaltschaft bis hin zur
391 Richterschaft

- 392 • eine Bund-Länder-Finanzierung zur Schaffung von barrierefreien
393 Schutzräumen
 - 394 ◦ Barrierefreiheit in bestehender Frauenhäuser und
395 Frauenfachberatungsstellen
 - 396 ◦ Schutzräume für queere Menschen, BiPoCs und geflüchtete Menschen
397 barrierefrei ausbauen

- 398 • Gebärdensprache als Minderheitensprache anerkennen

- 399 • Leichte Sprache stärken

- 400 • Weiterhin ist in jeglicher Hinsicht auf diskriminierungsfreie Sprache in
401 Ämtern und Unternehmen zu achten

402 Das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung, die schwanger werden
403 können, muss auch sichergestellt werden. Oft sind sie sterilisiert und das
404 deutlich öfter als Menschen ohne Behinderung, die schwanger werden können. Auch
405 Menschen mit Behinderung, die schwanger werden können, müssen neutral über
406 verschiedene Verhütungsmittel aufgeklärt werden!

407 Was wir nicht vergessen dürfen: Ein beachtlicher Anteil von Gewalt geht von
408 staatlichen Institutionen aus. Viele der rassistischen Polizeimorde richten sich
409 gegen psychisch kranke Personen. Durch die ständige Separierung vom Rest der
410 Gesellschaft sind Behinderte Menschen in Förderschulen, Werkstätten und
411 Wohnheimen Gewalt und Machtmissbrauch oft jahrelang schutzlos und hilflos
412 ausgesetzt. Im Para-Sport erleben im Vergleich noch mal wesentlich mehr
413 Sportler*innen sexualisierte Gewalt – jahrelang wurde weggeschaut, jetzt fängt
414 die Aufarbeitung gerade erst an.

415 **Wir fordern:**

- 416 • Anti-Ableismus-Plan:
 - 417 ◦ Ableistische Gewalt als solche verfolgen und diese auch in
418 ◦ Polizeistatistiken widerspiegeln
 - 419 ◦ Klares Vorgehen gegen ableistische Gewalt, auch in den staatlichen
420 ◦ Institutionen - 421 ◦ auch hier sind unsere Kämpfe intersektional- Verschränkungen von
422 ◦ Ableismus mit anderen Diskriminierungen aufzeigen und gemeinsam423 ◦ bekämpfen
- 424 • Geflüchtete Menschen mit Behinderung unterstützen:
 - 425 ◦ Therapieangebote in mehreren Sprachen anbieten
 - 426 ◦ § 100 Absatz des Sozialgesetzbuches 9 aufheben. Nach dieser
427 ◦ Vorschrift haben Menschen, die leistungsberechtigt nach dem
- 428 ◦ Asylbewerberleistungsgesetz sind, keinen Anspruch auf Leistungen der429 ◦ Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
- 430 ◦ Barrierearme Fluchtwege fördern

431 **Inklusion ist ein Querschnittsthema - die Perspektive und Situation von Menschen**
432 **mit Behinderung muss in allen Politikbereichen und bei jeder Maßnahme mitgedacht**
433 **werden!**

434 So häufig betonen wir, wie wichtig es ist, Menschen mit Behinderung zu fördern.
435 Dabei sollte unser Fokus aber nicht nur auf den wirtschaftlichen Nutzen eines
436 Lebens gelten. Diesen kapitalistischen Leistungsgedanken lehnen wir ab.
437 Stattdessen muss es bei Inklusion um ein selbstbestimmtes, würdevolles und
438 gleichberechtigtes Leben gehen. Das Leben von Menschen mit Behinderung muss auch

439 in der Mitte der Gesellschaft stattfinden. Jedoch werden Menschen mit
440 Behinderungen oft in Sondereinrichtungen betreut: Sie wohnen oft in Wohnheimen
441 für Menschen mit Behinderungen. Sie arbeiten häufig in Werkstätten. Kinder mit
442 Behinderungen gehen oft in Sonderschulen. Dabei werden so viele Menschen mit
443 Behinderungen ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt (/rw).
444 Nicht nur metaphorisch, sondern auch baulich. Viele der eben benannten
445 Einrichtungen findet man an Stadträndern und Außenbezirken. Viele nicht-
446 behinderte Menschen kennen keine Menschen mit Behinderung und wissen auch nichts
447 über sie. So stellen wir uns eine inklusive Gesellschaft nicht vor! Diese
448 Abgrenzung verschärft nur Ableismus.

449 Außerdem gilt immer: Nichts über uns, ohne uns. Wir brauchen dafür mehr Menschen
450 mit Behinderung in entscheidenden Führungspositionen und eine Vertretung, die
451 nicht nur berät, sondern der auch ernsthaft zugehört wird und mit Entscheidungen
452 trifft.

453 Wir wollen Ableismus bekämpfen und das intersektional. Dafür setzen wir uns als
454 GRÜNE JUGEND ein: bundesweit, aber auch international. Wir werden solange
455 kämpfen bis Inklusion als Menschenrecht komplett umgesetzt ist!

456 **Verweise**

- 457 1. Mit Menschen mit Behinderung sind im gesamten Antrag gemeint: Behinderte,
458 Taube, chronisch und/oder psychisch kranke, sowie neurodivergente Personen

- 459 2. Der 2. Arbeitsmarkt werden Arbeitsverhältnisse bezeichnet, die durch
460 aktive Arbeitsmarktpolitik entstehen und hat das Ziel, Arbeitslosigkeit zu
461 verringern. Darunter fallen auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung

- 462 3. Zwei Sinne Prinzip ist ein wichtiges Prinzip für barrierefreie Gestaltung
463 von Gebäuden und Informationssystemen. Nach diesem Prinzip müssen zwei der
464 drei Sinne „Hören, Sehen und Tasten“ angesprochen werden.

- 465 4. Die Statistiken gehen von den binären Geschlechtskategorien Mann und Frau
466 aus. Dabei ist dies besonders prekär, weil besonders neurodivergente
467 Personen öfter genderqueer sind als neurotypische Personen.

V-2 Kein Ausbau fossiler Infrastruktur!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 02.07.2023
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 In den letzten Jahrzehnten ist die Energieversorgung in Deutschland maßgeblich
2 auf Energieimporte aus Russland in Form von Erdgas aufgebaut worden. Das hat
3 sich durch den brutalen Überfall Russlands auf die ganze Ukraine radikal
4 geändert.

5 Bis dahin gab es verschiedene Vorhaben, LNG-Kapazitäten in Deutschland
6 aufzubauen, diese sind aber aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit gescheitert
7 oder wenigstens nicht weiter verfolgt worden.

8 Durch den Wegfall russischen Billiggases hat sich der Preis von Energieträgern,
9 insbesondere Gas, stark erhöht und LNG ist wirtschaftlich attraktiver geworden.
10 Große Teile der Industrie, insbesondere der Petrochemie, sind nach wie vor auf
11 Erdgas angewiesen und von den Preisen abhängig.

12 Die Bundesregierungen der letzten Jahre haben dabei Erdgas als die saubere und
13 klimafreundliche Alternative zu anderen Energieträgern dargestellt und damit
14 keine Ambitionen gezeigt, den Ausstieg aus diesem Energieträger in die Wege zu
15 leiten.

16 Ein Ausbau der LNG-Infrastruktur ist damit vor allem eine milliardenschwere
17 Subventionierung von fossilen Geschäftsmodellen, zu Gunsten von wenigen
18 Großkonzernen und zulasten von Mensch und Umwelt.

19 Erdgas ist nicht klimafreundlich und wird es auch nie sein. Durch Leckagen ist
20 die Klimawirkung von Erdgas nicht einmal besser als die von anderen
21 Energieträgern.

22 **Die Grüne Jugend fordert einen schnellen Ausstieg aus Erdgas, denn sauberes**
23 **Erdgas ist eine dreckige Lüge!**

24 Statt den Wegfall von russischem Erdgas durch einen massiven und lange

25 verschlafenen Ausbau der erneuerbaren Energien zu kompensieren, bleibt die
26 Bürokratie für Solaranlagen und insbesondere für Windkraftanlagen viel zu hoch.
27 Die Handbremse, die in der Energiewende in den letzten Jahrzehnten angezogen
28 wurde, ist noch immer nicht gelöst.

29 Gleichzeitig sollen mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz für fossile Infrastruktur
30 nicht nur die Bürokratie abgebaut werden, die bei den Erneuerbaren die
31 Energiewende systematisch ausbremst, sondern darüber hinaus auch noch alle
32 anderen Umweltpflichten. Begründung ist eine kurzfristige, wenige Monate
33 andauernde potentielle Gasmangellage, die durch Sparmaßnahmen und geregeltes
34 Herunterfahren von industriellen Verbräuchen kompensiert werden könnte.

35 Unter der Schutzbehauptung, die Versorgungssicherheit gewährleisten zu wollen,
36 werden massive Umweltschäden für unnötige fossile Überkapazitäten billigend in
37 Kauf genommen.

38 **Die Grüne Jugend kritisiert dieses Vorgehen scharf und fordert ein Moratorium**
39 **für alle Verfahren, die nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz durchgeführt werden.**
40 **Grundlegende Umweltgesetze müssen eingehalten werden!**

41 Die Umrüstung auf Wasserstoff ist entgegen anfänglicher Behauptungen technisch
42 nicht möglich. Die Umrüstung auf Wasserstoffderivate wie Ammoniak ist mit
43 gigantischen Kosten verbunden. Damit werden die Terminals in naher Zukunft
44 keinen Beitrag zur Versorgung mit Wasserstoff beitragen, zumal nicht geklärt
45 ist, woher in entsprechenden Mengen Wasserstoff oder Wasserstoffderivate bezogen
46 werden sollen. Dabei ist aus Sicht der Grünen Jugend ausschließlich grüner
47 Wasserstoff eine Option und auch nur dann, wenn dieser ohne Ausbeutung von
48 Menschen, ohne signifikante Umweltzerstörung und ohne weitere klimaschädliche
49 Emissionen produziert wird.

50 Als Grüne Jugend kritisieren wir insbesondere auch die ausbeuterischen Systeme,
51 in denen das Erdgas, das als LNG transportiert werden soll, gefördert wird.

52 Während das Pipelinegas aus Russland durch die Sanktionen der EU nicht mehr
53 bezogen wird, ist der Import von dem gleichen Gas per Schiff nach wie vor
54 zulässig und war zuletzt auch Praxis. Das Verbot von Pipelinegas als Reaktion
55 auf den Angriff Russlands auf die ganze Ukraine ist richtig, um das völker- und
56 menschenrechtsfeindliche System Putin zu schwächen, doch eine Sanktionierung
57 lediglich einer Transportweise, um auf eine umweltschädlichere zurückzugreifen,
58 kann und darf nicht im Sinne der Sanktionen sein.

59 Es ist davon auszugehen, dass ein signifikanter Teil der Gasmenge etwa aus den
60 USA kommen wird. Dass die "älteste Demokratie" ein großes Problem mit Rassismus
61 und Ungleichheit hat, ist bekannt. Doch bei der Ausbeutung von Erdgasvorkommen,
62

63 oft durch Fracking, spitzt sich dieser unhaltbare Zustand dramatisch zu. Die
64 gigantischen Gewinnmargen bleiben in den Taschen der Konzerne, während die
65 Anlagen ganze Landstriche zerstören und Arbeiter*innen mit niedrigen Löhnen
66 abgespeist werden. Die Umweltzerstörungen sorgen dafür, dass Böden nicht mehr
67 bewirtschaftet werden können und das Grundwasser vergiftet ist. Betroffene
Menschen sind überdurchschnittlich oft arme Menschen und People of Colour.

68 Weitere Staaten, die als Expoteure im Gespräch sind wie etwa Qatar für
69 Ausbeutung und Missachtung von Menschenrechten und Umwelt- und Klimaschutz
70 bekannt. Der Import von LNG aus diesen Ländern befördert die Energieversorgung
71 in eine neue Abhängigkeit von Autokratien. Die Folgen einer solchen Abhängigkeit
72 sind bei der Abhängigkeit von russischem Gas deutlich geworden. Dieser Fehler
73 darf nicht noch einmal begangen werden.

74 **Die Grüne Jugend fordert, keine neuen Abhängigkeiten von autokratischen Systemen**
75 **zu schaffen.**

76 **Bei dem staatlich organisierten Aufbau neuer Infrastruktur dürfen keine neuen**
77 **Ungleichheiten und Klima- und Umweltzerstörungen entstehen oder bestehende**
78 **gefestigt werden. Eine zukunftsfähige, weil sichere, soziale, umwelt- und**
79 **klimafreundliche Energieversorgung ist nur durch den Ausbau von Erneuerbaren**
80 **Energien vor Ort möglich.**

Begründung

Quellen:

Wirtschaftlichkeit und Lock-Inn

<https://www.energiezukunft.eu/politik/lng-terminals-geldverschwendung-fuer-fossile-abhaengigkeit/>

LNG aus Russland

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fluessigerdgas-russland-lng-100.html>

<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/russland-exportiert-auch-2023-grosse-mengen-lng-nach-europa-das-sind-die-gruende-dafuer-a/>

LNG aus den USA

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/fluessiggas-aus-usa-umwelt-klimakrise-100.html>